

V0611/24

1. Generalsanierung, Umbau und Erweiterung des Katharinen-Gymnasiums, Jesuitenstr. 10, 85049 Ingolstadt;

**Genehmigung des Gesamtraumprogramms sowie des Teilraumprogramms für den Ersatzneubau des Gebäudes C (Neubau);
Programmgenehmigung**

2. Generalsanierung, Umbau und Erweiterung des Apian-Gymnasiums, Maximilianstr. 25, 85051 Ingolstadt;

Start LPH 0 – Bedarfsermittlung, Entwicklung Raumprogramm und Raumkonzept

(Referenten: Herr Grandmontagne, Herr Hoffmann, Frau Wittmann-Brand)

Antrag:

1. Der **Generalsanierung** und dem **Umbau der Gebäude A (Hauptbau) und B (Kollegstufenbau)** sowie einem **Ersatzneubau des Gebäudes C (Neubau)** am Katharinen-Gymnasium wird zugestimmt.
 - 1.1 Für das Katharinen-Gymnasium wird zur Beschulung von **50 Klassen/ Kursen (5,5 Züge)** mit interimsmäßiger Unterbringung von weiteren zwei Klassen/ Kursen ein **Gesamtraumprogramm** von ca. 8.560 m² NUF 1-6 genehmigt. Es setzt sich zusammen aus dem
 - 1.1.2 Teilraumprogramm für den **Ersatzneubau des Gebäudes C (Neubau)** mit Flächen für die Fachräume Musik und Naturwissenschaften (Physik, Chemie, Biologie, Natur und Technik) von ca. 1.630 m² NUF 1-6.
 - 1.1.3 Raumprogramm der **Bestandsgebäude A (Hauptbau) und B (Kollegstufenbau)** mit Flächen für den Unterrichts-, Personal-, Verwaltungs-, Arbeitstechnischen/ Aufenthalts-/ Pausenbereich und Flächen für die offene Ganztagsbetreuung von ca. 6.930 m² NUF 1-6.
 - 1.2 Für einen Küchen- und Speisenbereich stehen in den Bestandsgebäuden keine Flächen zur Verfügung. Die **Mittagsverpflegung** soll weiterhin über die Nutzung der benachbarten zentralen Schülerschule der Katholischen Canisiusstiftung, Fechtgasse 2, 85049 Ingolstadt sowie ein Mittagsverkauf über den extern verpachteten Pausenverkauf am Katharinen-Gymnasium erfolgen.
 - 1.3 Einer Neugestaltung/ Aufwertung/ Nutzbarmachung von **Aufenthaltsflächen im Außenbereich (Pausenhof und Dachflächen)** wird zugestimmt.
 - 1.4 Für das **Katharinen-Gymnasium** wird ein Sportanlagenraumprogramm für **3 Übungseinheiten** (57,9 Sportklassen) unter Berücksichtigung der Nutzung des Sportbades genehmigt:

Hallensportanlage

Katharinen-Gymnasium (2 Übungseinheiten)

im Bestand

mit Betriebsräumen (Generalsanierung

und Umstrukturierung)

Bezirkssportanlage Mitte (Nutzung 1 Übungseinheit) im Bestand
mit Betriebsräumen

Freisportanlagen

Am Katharinen-Gymnasium stehen keine Freisportanlagen zur Verfügung und können dort auch nicht untergebracht werden. Die Freisportanlagen mit Betriebsräumen sollen weiterhin an der benachbarten Bezirkssportanlage Mitte genutzt und nachgewiesen werden. Die Verwaltung wird mit der Erarbeitung und Abstimmung eines Freisportanlagenkonzepts mit der Regierung von Oberbayern für die in die Bezirkssportanlage Mitte eingewiesenen Schulen bzw. der innerstädtischen Schulen beauftragt.

- 1.5 Für die Generalsanierung, Umbau und Ersatzneubau des Gebäudes C des Katharinen-Gymnasiums wird die Bereitstellung von Haushaltsmitteln in Höhe von ca. 10 Mio. € für Planungskosten genehmigt. Die Finanzmittel wurden bei der Haushaltsstelle 232000.940111 (Katharinen Gymnasium - Sanierung und Erweiterung) im Haushalt und Investitionsprogramm 2025 angemeldet. Über die bauliche Umsetzung und weitere Finanzierung der Maßnahmen ist nach Vorlage der Planungen (Projektgenehmigung) erneut Beschluss zu fassen.
- 1.6 Der Beauftragung von Planungsleistungen LPH 1 bis LPH 2 bis zur Projektgenehmigung wird zugestimmt.
- 1.7 Der Einleitung eines VgV-Verfahrens zur Gewinnung der (Fach-)planer wird zugestimmt. Die erforderlichen Finanzmittel sind in den unter 1.5 genannten Beträgen enthalten und wurden in Höhe von 100.000 € auf der Haushaltsstelle 232000.940111 (Katharinen Gymnasium – Generalsanierung) zum Haushalt 2025 angemeldet.
2. Zur Vorbereitung der Generalsanierung, Umbau und Erweiterung des **Apian-Gymnasiums** wird die Verwaltung beauftragt mit der LPH 0 – Bedarfsermittlung, Entwicklung Raumprogramm und Raumkonzept zu beginnen und diese dem Stadtrat zur Programmgenehmigung vorzulegen.

Marc Grandmontagne
Berufsmäßiger Stadtrat

Gero Hoffmann
Berufsmäßiger Stadtrat

Ulrike Wittmann-Brand
Stadtbaurätin

Ausschuss für Kultur und Bildung	26.11.2024	Vorberatung
Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Nachhaltigkeit	28.11.2024	Vorberatung

Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit	03.12.2024	Vorberatung
Stadtrat	17.12.2024	Entscheidung

Stadtrat vom 17.12.2024

Abstimmung über den Antrag des Vertreters des Jugendparlaments auf Rederecht:

Mit allen Stimmen genehmigt

Als Schüler des Katharinen-Gymnasiums wisse er sehr gut über die mangelhafte Situation an der Schule Bescheid, so Herr Maltzen. Das Katharinen Gymnasium sei allerdings kein Einzelfall, betont er. Viele hilfeschuchende Schüler und Eltern würden wegen dieser Thematik auf ihn zukommen. Deswegen appelliere er heute als Vorstand des Jugendparlaments an den Stadtrat - Für ihn sei nicht wichtig, ob es Sanierungen geben soll, sondern für ihn werde heute darüber abgestimmt, ob die Ingolstädter Schülerinnen und Schüler es wert sind, dass sie die Bildung bekommen, die ihnen zustehe.

Anhand einer Powerpoint-Präsentation, die dem Protokoll als Anlage beiliegt, berichtet Herr Grandmontagne über die in den Ausschüssen diskutierten verschiedenen Szenarien, die aus finanzieller Hinsicht noch einmal zu prüfen waren. Zusammen mit dem Hochbauamt und dem Schulverwaltungsamt habe man versucht, das Thema Generalsanierung, Umbau und Erweiterung mit Aufschlüsselung der Kosten, so wie sie in der Beschlussvorlage angedacht sei, darzustellen. Man würde über ein Grundstück verfügen, welches nicht mehr gekauft werden müsse. Das Gebäude C würde abgerissen werden. Die 10 Mio. Euro für die Auslagerung der Schülerinnen und Schüler während der Bauzeit würde man wahrscheinlich wieder einsparen können, weil man von der Diözese Eichstätt die Meldung bekommen hat, dass die Stadt Ingolstadt das Ignatius- und Kettlerhaus zu weiten Teilen nicht vollständig langfristig anbieten könne.

Insofern sei das ein Raum, den man mitverplanen könne und den man auch brauche, um die die Schülerinnen und Schüler unterzubringen. Abzüglich dieses Betrags würde man auf rund 95 Mio. Euro Gesamtkosten kommen. Die voraussichtliche FAG Förderung liege im Bereich von 27,7 Mio Euro. Für das abgebrochene Gebäude würde man 185.000 Euro zurückzahlen müssen, da die Zeit von 25 Jahren unterschritten würde. Dies entspreche ungefähr den Betrag, den man mit einem theoretischen Neubau eines Gymnasiums mit 50 Klassen und fünfzehn Zügen, gegenüberstelle. Herr Grandmontagne geht davon aus, dass man mit dem Grundstückspreis und den Infrastrukturmaßnahmen wahrscheinlich auf einen sogar höheren, jedenfalls nicht niedrigeren Betrag, kommen würde. Dies seien zwar nur Schätzungen, aber durch das Hochbauamt verifiziert. Insofern komme er zu dem Ergebnis, dass ein Neubau keine erfolgsversprechende Alternative sei. Auch zeitlich gesehen würde man zur gleichen Lösung kommen. Mit dem Weg der Generalsanierung würde man hoffentlich bis spätestens 2035 fertig sein. Der Neubau würde auch nicht schneller gehen. Weiter geht Herr Grandmontagne auf das Thema der Nachnutzung ein. Angenommen, man würde das Katharinen-Gymnasium in ein anderes Gebäude ausziehen lassen, würde man trotzdem ein Schulgebäude haben, das noch stehe und schulisch nachgenutzt werden könne. Dies sei die Voraussetzung für die schulaufsichtliche Genehmigung und Förderung. Man könnte das Gebäude nur durch eine sprengelgebundene Schule benutzen. Hierfür würde mit der dritten Staatlichen Realschule geplant werden. Allerdings sehe man mit Verlegung des Katharinen Gymnasiums auch Probleme des Identitätsverlusts. Die Schule von der Innenstadt in die "Peripherie" zu verlegen, würde Emotionen und Identitätsfragen auslösen. Gleichzeitig hätte die Schule auch einen örtlichen Attraktivitätsverlust zu tragen. Die Auswirkung auf Schülerströme, Anmeldungen und Belegungen würden ungünstig sein. Man hätte keine Kosten- und Zeitersparnis und die finale Schulbaumaßnahme für die dritte

Realschule würde sich um Jahre verzögern. Die häufig genannte Option, auf das Rosenareal zu wechseln, wäre das Aus für die neu zu bauende Mittelschule. Dies hätte zur Folge, dass man im Nordosten ein neues Grundstück bräuchte. Auch hier gebe es keine wirkliche Besserung. Desweiteren habe man noch die theoretische Möglichkeit, den Bestand des Katharinen-Gymnasiums zu generalsanieren. Hierbei gehe man vom ursprünglichen Schulraum von vier Zügen aus. Dies bedeute, man würde nicht erweitern und man würde auf einen etwas geringeren Betrag von 71 bis 77 Mio. Euro kommen. Rein rechtlich betrachtet, würde es drei Züge für die Widmung eines neu gebauten Gymnasiums brauchen. Der Neubau wäre mit 67,9 Mio. Euro zu Buche zu schlagen. Die beiden Summen addiert würden mehr Kosten produzieren als die Lösung, die man in der Beschlussvorlage vorfinde. Auch diese wenig attraktive, aber theoretisch mögliche Variante sei nicht möglich und soll nicht weiter verfolgt werden.

Herr Pröbstle geht auf die Frage aus dem Finanzausschuss, ob die Planungskosten von rund 10 Mio. Euro für die Generalsanierung, Umbau und Erweiterung des Katharinen Gymnasiums für vorgezogene Sanierungsmaßnahmen eingesetzt werden können, ein. Zunächst habe man für das Katharinen-Gymnasium sowie für jedes andere Schulprojekt ein Gesamtkonzept zu erstellen, da auf dessen Grundlage eine schulaufsichtliche Genehmigung vorgenommen werden könne. Diese schulaufsichtliche Genehmigung basiere auf einer Entwurfsplanung und auf einer Statistik, wie Schülerzahlen letztendlich in der Gesamtschau darzustellen seien. Zudem sei diese schulaufsichtliche Genehmigung wiederum die Voraussetzung für die Förderung nach FAG. Man könnte, wenn man möchte, die Planungskosten für Sanierungsmaßnahmen hernehmen. Hierfür müsste man allerdings alle Maßnahmen ohne Förderung vollziehen.

Sollte sich der Stadtrat gegen eine Generalsanierung und einen Umbau des Katharinen Gymnasiums verständigen, würde man in Kauf nehmen müssen, dass man bei den Sanierungen des Katharinen- und Apian Gymnasiums, weiter Zeit verliere. Herr Grandmontagne schätzt diese auf mindestens zwei Jahre. In Verschärfung der aktuellen Situation wäre es notwendig, in den nächsten Jahren noch starker Schülerinnen und Schüler aus den Landkreisen abzuweisen, weil die Kapazitäten noch langsamer wachsen würden. Beengte Raumverhältnisse und akute Raumnot würde weiter zunehmen. Das Arbeiten und Lehren im Katharinen-Gymnasium würde weiter unzumutbar werden. Der Rechtsanspruch auf den Schulplatz für Ingolstädter Schüler könne langfristig nicht mehr mit Interimslösungen sichergestellt werden. Dies sei ein sehr heikler Punkt, betont Herr Grandmontagne. Würde man diesen Zeitplan verlassen, würde man nicht dafür garantieren können, den Schülerinnen und Schülern rechtzeitig einen Platz bereitzustellen. Damit würde man sich auch juristisch angreifbar machen. Aus Sicht der Stadtverwaltung sei es notwendig, diesen Beschluss zu fassen, da hier auch weitere Entscheidungen wie das Apian Gymnasium, Realschule und Mittelschule Nordost dranhängen würden.

Stadtrat De Lapuente gibt bekannt, dass die SPD-Stadtratsfraktion der Generalsanierung von beiden Objekten zustimme. Die Prognosen der Schülerzahlen seien eindeutig, der Bedarf sei eindeutig und schon heute platze das Katharinen-Gymnasium aus allen Nähten. Alle Alternativen seien von der Verwaltung geprüft worden, was auch wichtig sei. Selbst die Freien Wähler würden jetzt feststellen müssen, dass die Verwaltung gegenüber den Ministerien sorgfältig arbeite. Da es keine anderen Vorgaben für Ingolstadt gebe, wird die Sanierung und die Erweiterung des Katharinen- und Apian-Gymnasiums leider einiges mehr kosten als vor zehn bis 15 Jahren. Auch damals sei die Sanierung schon notwendig gewesen, erwähnt Stadtrat De Lapuente. Genügend Geld sei vorhanden gewesen, doch kein Geld für die Generalsanierung des Katharinen-Gymnasiums, das Stadttheater und für das Lehrschwimmbecken. Stattdessen sei ein großer Sanierungsstau über Ingolstadt aufgetürmt, den man nun bitter mit viel mehr Millionen investieren müsse. Weiter bemängelt Stadtrat De

Lapuenta den Redebeitrag von Stadtrat Wittmann im vergangenen Finanzausschuss. Demnach hätte er sich dafür ausgesprochen, die Generalsanierung noch nicht zu beschließen, sondern das Geld für die Planungskosten dafür zu nutzen, um kurzfristig die Löcher zu stopfen. Diese Strategie fahre die CSU-Stadtratsfraktion seit vielen Jahren und deswegen müsse man heute einen anderen Beschluss fassen, appelliert er. Farbe und Spachtelmasse reiche nicht mehr aus. Heute müsse der wichtige Beschluss der Generalsanierung beschlossen werden, so Stadtrat De Lapuenta.

Stadtrat Wittmann stellt klar, dass er im Finanzausschuss nicht gesagt habe, dass die Generalsanierung des Katharinen- und Apian-Gymnasiums nicht notwendig wäre. Er habe lediglich nachgefragt und darum gebeten, dies zu prüfen. Es handle sich hierbei um zehn Mio. Euro Planungskosten. Sein Vorschlag habe darauf beruht, einen Teil der Planungskosten dafür herzunehmen, um notwendige Instandsetzungsarbeiten durchführen zu können, wie zum Beispiel das Dach des Katharinen Gymnasiums, welches über Jahrzehnte immer nur mit Flickschusterei dicht gemacht worden sei. Mit den 10 Mio. Euro sei noch kein Nagel in die Wand geschlagen, gibt Stadtrat Wittmann zu Bedenken. Deshalb habe er sich zu Wort gemeldet, da er die Dringlichkeit sehe und nicht deshalb, weil er die Generalsanierung in irgendeiner Weise in Frage gestellt habe. An Stadtrat De Lapuenta gewandt, weist er die Vorwürfe gegenüber der CSU-Stadtratsfraktion, der angeblichen Versäumnisse zurück. In den Jahren 2010 bis 2020 seien 550 Mio. Euro, einschließlich der Kitas, im Haushalt bereitgestellt worden. Von diesen 550 Mio. Euro seien ganze 270 Mio. Euro umgesetzt worden, da aus unterschiedlichen Gründen nicht mehr möglich gewesen sei. Wohlbemerkt seien in den vergangenen fünf Jahren in der Verantwortung der SPD-Stadtratsfraktion auch nicht mehr Sanierungen vorgenommen worden, betont Stadtrat Wittmann. Die Schwimmbäder seien lediglich repariert worden, aber eine Planung für einen Neubau gebe es bis heute nicht.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf sagt, er verzichte darauf, die Rekordinvestitionen im Bildungsbereich der letzten Jahre aufzuzählen. Dies würde man aber in den nächsten Wochen nachreichen, bei ausreichender Gelegenheit das Thema zu vertiefen.

Stadtrat Dr. Schickel wolle nicht auf den „Wahlkampf-Zug“ mit aufspringen. Es sei nicht zielführend, über verschüttete Milch von vor zehn oder 15 Jahren zu sprechen. Was ihn jedoch sehr irritiert habe, dass manche Kolleginnen und Kollegen des Stadtrates offensichtlich 12 Jahre gebraucht haben, um zu verstehen, dass Handlungsbedarf am Katharinen- und Apian-Gymnasium bestehe. Dieses ständige „vor sich Herschieben“ erkläre, weshalb in dieser Stadt alles so langsam gehe. Kein einziges Loch im Dach sei gestopft worden. An die Stadtratsmitglieder der Freien Wähler gerichtet, kritisiert Stadtrat Dr. Schickel, dass diese hinter dem Rücken der Betroffenen versucht haben, über die ministerielle Schiene irgendwelche Ideen in die Welt zu setzen, die letztlich nichts anderes bedeuten als eine Umsiedlung eines Gymnasiums aus der Innenstadt in die Peripherie und dass dabei die Interessen von Realschule und Mittelschule einfach hinten runtergeworden werden. Dass der Vorsitzende der Freien Wähler auf ein Gesprächsangebot von ihm, dass er vor zwei Wochen unterbreitet habe, bis heute nicht geantwortet habe, halte er für äußerst befremdlich. So gehe man seines Erachtens nach nicht miteinander um. Es handle sich hierbei nicht um zehn Schülerinnen und Schüler, sondern um 2.600 Schülerinnen und Schüler sowie etwa 250 Kolleginnen und Kollegen an den beiden Gymnasien in Ingolstadt. Dieser Umgang gegenüber diesen beiden Gymnasien sei sehr ernüchternd. Dabei müsse er an ein Zitat seiner Schüler denken, dass man die Wertschätzung für Bildung, für Kinder, für Jugendliche immer am Zustand der Schulen erkenne. Dies sei ein Punkt, der wirklich zu Bedenken geben sollte. Deswegen plädiere Stadtrat Dr. Schickel an alle Stadtratsmitglieder, sich dessen bewusst zu werden, wenn sie gegen diese Maßnahmen stimmen, was sie damit tun und wie sie sich positionieren. Dass man nicht auf die Betroffenen hört sei das eine, aber dass man der eigenen Verwaltung misstraut sei das andere. Auf die Stimme aus München

der Ministerialbeauftragtenstelle aus dem Kultusministerium zu hören, grenze an Selbstüberschätzung. Das Thema sollte nun endlich zukunftsfähig gemacht werden, um das Katharinen- und das Apian-Gymnasium endlich auf den Weg zu bringen.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf antwortet, dass er vollstes Verständnis für die spontane Gefühlsreaktion von Stadtrat Dr. Schickel aufbringen könne. Als Reaktion auf den Beifall aus dem Publikum, müsse er jedoch darauf aufmerksam machen, dass Beifalls- oder Missfallensbekundungen von der Tribüne laut Geschäftsordnung an sich nicht zulässig seien. Bis zu seinem Amtsantritt sei ein Abriss oder Neubau noch gar nicht festgestanden. Dieser Grundsatzbeschluss sei erst während seiner Amtsperiode herbeigeführt worden. Das Gymnasium sei noch nicht angegriffen worden, da der Bauteil Nord als Interimsschulräume für andere Schulen benötigt wurde, welcher inzwischen fertig sei. Oberbürgermeister Dr. Scharpf sei froh, dass das Ergebnis ergeben hat, dass das Apian-Gymnasium saniert werden könne. So ein tolles Rahmenprogramm wie heutzutage wird man beim Neubau nie wieder bekommen. Deswegen sei er froh darüber, dass die Entwicklung so verlaufen sei.

Stadtrat Ettinger betont, wie wichtig der FDP-Stadtratsgruppe das Wohlergehen der Schülerinnen und Schüler sei und dies trotz Sparmaßnahmen. Dennoch gebe es ein Ringen um die bestmögliche Vorgehensweise. Stadtrat Ettinger sei 1979 aufs Gymnasium gekommen. Zu dieser Zeit habe Ingolstadt über 75.000 Einwohner und fünf Gymnasien verfügt. Heute lebten in Ingolstadt über 140.000 Einwohner und fünf Gymnasien. Ihm leuchte nicht ein, weshalb man in Ingolstadt nicht ein weiteres Gymnasium haben sollte. Stadtrat Ettinger vertritt die Meinung, dass man diesen Weg unbedingt versuchen sollte. Der Pausenhof des Katharinen-Gymnasiums mit dem schönen Baumbestand sei ein sehr hohes Gut. Es herrsche dort nicht eine Auslastung von 100 Prozent, sondern von 120 Prozent. Sein Vorschlag bzw. sein Ziel wäre, ein weiteres Gymnasium zu bauen, damit die Schüleranzahl irgendwann am Katharinen-Gymnasium wieder auf 100 Prozent runtergehe, sodass dieses ohne Raumnot weiter existieren könne. Ein Stimmungsbild aus dem Elternbeirat zeige, dass neun von 12 Elternbeiräten gegen eine Erweiterung am Katharinen-Gymnasium gestimmt haben. Stadtrat Ettinger selbst würde ebenfalls gegen diese Erweiterung stimmen, sehr wohl aber sämtlichen Sanierungsarbeiten zustimmen.

Stadträtin Leininger findet, dass man mit der heute vorliegenden Beschlussvorlage endlich arbeiten könne. Für sie sei es unbestritten, dass das Katharinen- und Apian-Gymnasium saniert werden müssen. Seit Oktober stehe nun im Raum, dass im Zuge der Sanierung eines der Gebäude, das erst 14 Jahre alt sei, abgerissen werden müsse. Hierbei müsse man sich die Frage stellen, ob ein Abriss seines solchen Gebäudes notwendig sei. Deshalb auch diese Fragen und die Kritik seitens der Stadtratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage, erklärt Stadträtin Leininger. Weiter habe sich der Titel Sanierung zu einer dreifachen Baumaßnahme (Sanierung, Abriss und Ersatzbau) entwickelt. Bei aller Ungeduld und Vehemenz, die Stadtrat Dr. Schickel einbringe, sei es ebenso wichtig, diese Fragen ganz genau zu klären und auch darzustellen. Für diejenigen, die sich am Katharinen-Gymnasium befinden, sei diese Vorgehensweise eine Belastung auf ca. zehn Jahre. Daraus sei die Frage entstanden, zumindest interimsmäßig so auszulagern, dass die Maßnahmen durchgeführt werden können. Es sei ein schwieriges Paket auf einen sehr großen Zeitraum, untermauert Stadträtin Leininger. Sie wolle auf keinen Fall, dass ihre Stadtratsfraktion als Bremser für ein Schulprojekt dargestellt wird. Für sie sei nämlich klar, dass das Katharinen-Gymnasium nicht verpflanzt werden könne. Der Erhalt des charakteristischen Hämerbaus an diesem Standort sei ihr ein großes Anliegen. Wenn heute diesem Beschluss zugestimmt würde, sei ein Problem gelöst, doch diese Maßnahmen würden noch nicht viel mit dem Entwicklungsplan der Gymnasien zu tun haben. Ingolstadt habe noch andere Schulen mit Baustellen. Die Sanierung am Katharinen- und Apian-Gymnasium sei keine Entlastung für die weiter steigenden Ingolstädter Schülerzahlen. Es bestehe weiterhin die Aufgabe, einen Puffer zu schaffen. Das Apian-Gymnasium könne eventuell einen Puffer bringen, aber diese Schule sei jetzt schon wirklich groß und gehöre zu den größten Gymnasien Bayerns. Ob

man das Apian-Gymnasium tatsächlich auf 1.700 Schüler aufstocken möchte, müsse im Kultur- und Bildungsausschuss diskutiert werden. Weiter spricht Stadträtin Leininger das Thema Zweckverband Pfaffenhofen an. Die Kooperation mit Pfaffenhofen würde den nötigen Puffer schaffen können, wenn ein Neubau eines Gymnasiums in Frage komme. Die Aussage, dass Ingolstadt kein Grundstück für eine Schule zur Verfügung habe, dürfe so nicht mehr fallen. Es sei Aufgabe der Stadtplanung, Grundstücke in ausreichender Größe für solche Fälle vorzuhalten. Bis vor zwei Jahren habe es geheißen, dass die Schulentwicklung eine landkreisübergreifende Aufgabe sei, insbesondere eine gymnasiale. Wenn Ingolstadt den Namen Regionalzentrum trage, sollte sie dieser Streitkraft mit ihrer Kultur- und Bildungseinrichtungen auch Gerecht werden. Der heutige Beschluss beinhalte das Signal "Ingolstadt first". Die Schotten für die Landkreise dicht zu machen gebe Stadträtin Leininger zu Bedenken. Sie wolle nicht, dass Ingolstadt so eine Position in der Region einnehme. Auf jeden Fall müsse man sich auf diese Suche nach einem Puffer machen, hebt sie hervor.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf entgegnet, dass man um ein Abweisen von Schülern aus den Landkreisen nicht drum herumkommen wird. Dies sei bereits mit den Landkreisen so kommuniziert, dass Ingolstadt keine andere Wahl habe. Die Frage sei nur, in wie weit man mit dem Abweisen gehe. Wenn sich der Stadtrat gegen eine Erweiterung der beiden Gymnasien ausspreche, würde man nicht nur alle abweisen müssen, sondern man wird sogar für die eigenen Schülerinnen und Schüler zu wenig Kapazitäten haben. Dies bittet Oberbürgermeister Dr. Scharpf zu berücksichtigen.

Als ehemaliger Schüler des Katharinen-Gymnasiums wisse Stadtrat Dr. Meyer, dass das Gymnasium bereits vor 2006 nicht anders ausgesehen habe. Der Sanierungsbedarf sei völlig unbestritten. Anders als Stadträtin Leininger sehe er hier kein demographisches Problem, sondern eher einen demographischen Schatz. Die Frage sei, wie man die begrenzten Mittel einsetzt, um den steigenden Schülerbedarf am wirtschaftlichsten und sinnvollsten abdecken zu können. Stadtrat Dr. Meyer bezieht sich auf den Vergleich der Generalsanierung und Erweiterung mit dem Neubau auf Folie zwei der Powerpoint-Präsentation. Der Mehrkostenneubau sei hier recht plakativ dargestellt. Eigentlich würden die Kosten des Apian-Gymnasiums bei der Sanierung und Erweiterung miteingerechnet werden müssen, weil man ja auch die Kapazitäten gegenüberstellen möchte. Weiter möchte er wissen, wie man die beiden Varianten wirklich gut gegenüberstellen könne, wenn man bei einem Neubau tatsächlich drei komplette Züge mehr hätte. Die Kapazitäten würden sich brachial unterscheiden, die Kosten würden hier allerdings spiegelbildlich nebeneinandergestellt. Stadtrat Dr. Meyer sei sich nicht sicher, ob man hier nicht Äpfel mit Birnen vergleiche. Auf Folie sechs würde beim möglichen Neubau mit drei Zügen eine Grundstücksgröße von 20.000 Quadratmetern angegeben. Das neue imposante FOS/BOS Gebäude stehe auf 6.600 Quadratmetern Grundfläche. Dies sei erheblich weniger für 33 Klassen. Es stelle sich also die Frage, ob nicht ein kleinerer Raum ausreichen würde. Er denke dabei an Grundstücke an der westlichen oder nördlichen Ringstraße. Stadtrat Dr. Meyer hinterfragt bei der Aufstellung, ob man die Zahlen einfach so miteinander vergleichen könne.

Stadtrat Reibenspieß geht auf die steigende Schülerzahl sowie die fehlenden Räume ein. Seit Jahrzehnten würde bemängelt, dass sich zu große Klassen negativ auf die Leistungen der Schülerinnen und Schüler auswirke, bei manchen sogar auf die gesamte Schullaufbahn. In seinen Augen wäre es sinnvoll, wenn man Obergrenzen für Schulen festlege. Mit der Sanierung und dem Neubau würde die Situation am Katharinen Gymnasium erheblich verbessert werden, begrüßt Stadtrat Reibenspieß den Vorschlag der Verwaltung. Dem Vorwurf von Stadtrat Dr. Schickel, sich Informationen vom Kultusministerium einzuholen, entgegnet er mit der Erklärung, dass dies legitim und demokratisch sei. Seines Erachtens nach zeige dies auch seine Wertschätzung gegenüber den Schulen. Was den Attraktivitäts- und Akzeptanzverlust anbelange, sollte aus schulischer und städtischer Sicht immer im

Mittelpunkt stehen, die Lernbedingungen optimal zu halten. Die optimalen Bedingungen würde man mit einem neuen Schulgebäude entsprechend gestalten und bauen können. Die Veränderungen im Schulsystem sowie in den Lerntechniken würden ebenso Auswirkungen auf die Räumlichkeiten haben, führt Stadtrat Reibenspieß aus.

Stadtrat Dr. Kern ist der Meinung, dass Ingolstadt für den Schulbau einen Masterplan benötige, den man sukzessive abarbeiten könne. Deswegen stimme die CSU-Stadtratsfraktion der Beschlussvorlage zu.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf antwortet, dass es den Masterplan-Schulbau bereits gebe. Das Mittelschulkonzept stamme noch aus der vergangenen Amtsperiode und ist dabei, abgearbeitet zu werden. Bei den Gymnasien brauche man eigentlich nur noch eine bauen.

Herr Grandmontagne pflichtet seinen Vorrednern bei. Viel Gesagtes seiner Vorredner könne er nachvollziehen. Ein ganz wesentlicher Punkt würde allerdings dabei übersehen werden. Wenn der Stadtrat die Fördermittel abgreifen möchte, sei man auf das Summenraumprogramm sowie die Genehmigung des Freistaates angewiesen. Die gegenübergestellten Berechnungen seien nicht plakativ, sondern dass, was die Verwaltung in Kürze der Zeit herausarbeiten hat können. Verfeinerungen seien selbstverständlich möglich. Es handle sich hierbei um Erfahrungswerte, die aus Sicht von Herrn Grandmontagne sehr wohl realistische Zahlen seien. Herr Grandmontagne erklärt weiter, dass Änderungen an einer Schule, automatisch auch alle anderen Schulen im Raumprogramm betreffen würden, basierend auf der sehr ausgefeilten Berechnung des Schulverwaltungsamtes. Dies sei ein großer Vorteil, weil die Landkreise diese empirischen Daten nicht haben. Die Ingolstädter Stadtverwaltung sei hier führend und die Prognosen seien immer so eingetroffen. Man bewege sich in einem fließenden System, weshalb sich die fünf Gymnasien von damals nicht einfach so mit den heutigen fünf Gymnasien vergleichen lassen. Dazu gehöre auch der Zuschnitt des Raumprogrammes, der den einzelnen Klassen für die Schüler und Lehrer zugrunde liege. Dies sei auch ein Grund für die Baukosten des Katharinen Gymnasiums, da hier nicht nur der Bestand an sich saniert würde, sondern auch die Räume nach dem Raumprogramm zugewiesen werden müssen. All dies sei Voraussetzung für die Abnahme durch das Kultusministerium, ohne die eine Förderung nicht möglich sei, erklärt Herr Grandmontagne. Ohne die Landesförderung würden der Stadt Ingolstadt 27 Prozent der Investitionssumme fehlen. Zum Thema Klassengröße pflichtet Herr Grandmontagne Stadtrat Reibenspieß bei. Allerdings liege dies nicht in der Kompetenz der Kommune als Sachaufwandsträger, sondern gehöre zum Kultusministerium nach München und sei Teil der Genehmigungsvorlage. Die Genehmigungsfähigkeit des Landes wäre unter der Bedingung möglich, dass das Katharinen-Gymnasium komplett neu gebaut würde. Auf Nachfrage im Kultusministerium, sei ihm mitgeteilt worden, dass seine Zusammenrechnung fehlender Kapazitäten der Schultypen nicht möglich sei, weil hierfür entsprechende Schulaußenstellen notwendig wären. Landesrechtlich sei es also nicht möglich einen Neubau zu machen. Da man auf das Fördergeld angewiesen sei, scheidet dieser Weg für Herr Grandmontagne ohnehin aus. Ein Vergleichswert würde demnach nur zwischen einem neu gebauten Katharinen Gymnasium und einem generalsanierten Gymnasium dargestellt werden können. Bezüglich eines Puffers weist Herr Grandmontagne darauf hin, dass die Raumplanung des Gymnasiums vom Ministerium genau so abgenommen worden sei. Die Schülerzahlen in der Ingolstädter Region seien genau so, dass der Landkreis Pfaffenhofen mit einem Schulneubau die entsprechende Schulauslastung im Landkreis bringe. Damit komme man auf die erzielten 6,5 Züge im Apian-Gymnasium und die 5,5 Züge im Katharinen Gymnasium. Dies sei nicht besonders regionalpolitisch gedacht, gibt er Stadträtin Leininger recht. Aus finanziellen Gründen sei man jedoch auf das Raumprogramm sowie der Strategie "Ingolstadt First" angewiesen.

Stadtrat Schäuble äußert seine Enttäuschung über die vorwurfsvolle Wortmeldung von Stadtrat Dr. Schickel gegenüber der FW-Stadtratsfraktion. Er persönlich würde immer öffentlich zu seiner Meinung stehen, betont er. Was die sinnvolle Entwicklung von Schulen angehe, glaubt Stadtrat Schäuble, dass der Ingolstädter Stadtrat sich noch nicht dazu bereit fühle, zu akzeptieren, was die Politik vorgebe, weil das Landesrecht keine anderen Optionen hergebe. Dies sei der Unterschied dessen, was zur Diskussion stehe. Denn in der Sache sei sich der Stadtrat vollkommen einig. Das, was Herr Grandmontagne soeben beschrieben habe, sei das Beste für die Ingolstädter Schüler. Die wichtigste Frage sei, wie man optimale Lernbedingungen für Schülerinnen und Schüler herstellen könne. Die von Herr Grandmontagne skizzierte Lösung würde das hergeben, unterstreicht er. Es wäre schön, politisch zu versuchen, zusammenzuarbeiten. Bedauerlicherweise schaffe man es nicht, auf Landesebene Dinge zu hinterfragen und zu ändern. Und so bleibe einem nichts anderes übrig, das Beste daraus zu machen. Sich gegenseitig vorzuwerfen, dass es einem nicht um die Schüler gehe, würde Stadtrat Schäuble keiner Gruppe anlasten. Aus seiner Sicht sei es ein Ringen um die beste Sachlösung, die man hier im Stadtrat führe. Dafür würde er in Zukunft eintreten.

Stadtrat Dr. Schickel findet es angemessen, über dieses Thema so intensiv und leidenschaftlich zu diskutieren. Seine Hochachtung gelte den Personen, die sich nun tatsächlich von ihrer vorgefassten Meinung loslösen und sich der Kraft des besseren Arguments anschließen. Weiter geht er auf den Redebeitrag von Stadträtin Leininger ein und stellt klar, dass der Abriss des Gebäudes C Voraussetzung für die Sanierung sei. Man brauche diese Erweiterung, um die Sanierung kostengünstiger durchführen zu können. Die Bedenken von den Elternbeiräten nehme er sehr ernst, was die Sorgen um den Pausenhof mit diesem fantastischen Baumbestand angehe. Ebenso sei die Rede von einer Aufwertung der Dachflächen des Katharinen Gymnasiums. Seit über zehn Jahren würden die Dachflächen wieder zugänglich sein, da sie bisher aufgrund entsprechender Vorkehrungen gesperrt waren, damit Schüler nicht aus dem Fenster stürzen. Dies bedeute, dass im Zuge der Sanierung weitere Flächen für Schülerinnen und Schüler geschaffen würden. Auch deswegen sei eine entsprechende Sanierung dringend notwendig, betont Stadtrat Dr. Schickel.

Stadtrat Bannert gibt bekannt, dass die AfD-Stadtratsfraktion der Beschlussvorlage der Verwaltung zustimme.

Stadtrat Höbusch bittet um kurze Sitzungsunterbrechung vor der Abstimmung.

Sitzungsunterbrechung von 14:39 – 14:47 Uhr

Stadträtin Krumwiede erklärt, weshalb sie der Beschlussvorlage zustimmen wird. Aus ihrer Sicht sei es absolut notwendig, dass am Apian- und Katharinen Gymnasium Sanierungsarbeiten durchgeführt werden. Was sie allerdings immer noch nicht begreifen könne sei die Tatsache, dass dem Stadtrat vollkommen alternativlos dargestellt würde, dass ein intakter Neubau abgerissen werden müsse. Optisch würde man mit einem so verdichteten Raum ein architektonisches Monster erwarten müssen. Stadträtin Krumwiede würde interessieren, welche Meinung Stadtbaurätin Wittmann-Brand dazu habe.

Frau Wittmann-Brand antwortet, dass sie die Bedenken von Stadträtin Krumwiede nachvollziehen könne. Heute würde allerdings nicht über die Architektur, sondern über das Raumprogramm abgestimmt werden. Dies sei die Grundvoraussetzungen für die weitere Planung. Hierfür es aus ihrer Sicht sinnvoll, mit den Kollegen von den Schulbaufirmen einen kleinen Workshop zu veranstalten, um die Verteilung der notwendigen Krümmung auf diesem Grundstück noch einmal prüfen zu können. Es gebe zahlreiche Möglichkeiten für die

Planung.

Stadtrat Meier sagt, ihm gefalle besonders gut, dass der Neubau eine Mittagsverpflegung beinhalte. Es sei zwar bitter, einen 14 Jahre alten Bereich abreißen zu müssen, aber wenn dieser nicht ins Konzept passe, dann müsse man in den sauren Apfel beißen, so Stadtrat Meier. Von seiner Seite komme deswegen Zustimmung für die Vorlage der Verwaltung.

Die JU-Stadtratsgruppe wird der gesamten Beschlussvorlage zustimmen, gibt Stadtrat Dr. Meyer bekannt. Sie wollen allerdings ihr Bedauern zum Ausdruck bringen, dass es keine gemeinsame politische Initiative gegeben hat, um diese Förderkulisse so auszugestalten, dass sich sowohl die städtischen Finanzmittel als auch die staatlichen Fördergelder bestmöglich im Sinne von effizient und effektiv einsetzen lassen.

Stadtrat Mißbeck verkündet, dass die UWG-Stadtratsgruppe der Vorlage der Verwaltung zustimme.

Herr Grandmontagne unterstreicht, dass mit dieser Lösung nicht nur alle Ingolstädter Schülerinnen und Schüler des gymnasialen Bereichs, sondern auch im Bereich der Grund- und Mittelschule beschult werden können, unabhängig davon wie Pfaffenhofen baue.

Stadtrat Schäuble erläutert, weshalb die FDP-Stadtratsgruppe gegen die Vorlage der Verwaltung stimmen wird. Obwohl sie in Anbetracht der Umstände die Arbeit des Schulverwaltungsamtes ausdrücklich loben, seien sie nicht dazu bereit, die Rahmenbedingungen, die dazu führen, keine optimale Schulpolitik betreiben zu können, mit zu akzeptieren.

Stadtrat Ettinger bittet um getrennte Abstimmung von Ziffer 1 und 2 der Beschlussvorlage. Er persönlich wolle damit zum Ausdruck bringen, dass er sich für die Generalsanierung und dem Umbau, aber gegen die Erweiterung ausspreche.

Stadtrat Köstler teilt mit, dass es innerhalb der ÖDP-Stadtratsfraktion zu unterschiedlichen Abstimmungen komme. Hintergrund sei, dass viele die Sanierung unterstützen, aber den Abriss des Bauteils C nicht befürworten können.

Sodann ergeht folgende Abstimmung:

Mit allen Stimmen:

3. 1. Der **Generalsanierung** und dem **Umbau der Gebäude A (Hauptbau) und B (Kollegstufenbau)** sowie einem **Ersatzneubau des Gebäudes C (Neubau)** am Katharinen-Gymnasium wird zugestimmt.

Gegen 5 Stimmen:

- 1.2 Für das Katharinen-Gymnasium wird zur Beschulung von **50 Klassen/ Kursen (5,5 Züge)** mit interimsmäßiger Unterbringung von weiteren zwei Klassen/ Kursen ein **Gesamtraumprogramm** von ca. 8.560 m² NUF 1-6 genehmigt. Es setzt sich zusammen aus dem

- 1.7.2 Teilraumprogramm für den **Ersatzneubau des Gebäudes C** (Neubau) mit Flächen für die Fachräume Musik und Naturwissenschaften (Physik, Chemie, Biologie, Natur und Technik) von ca. 1.630 m² NUF 1-6.
- 1.7.3 Raumprogramm der **Bestandsgebäude A (Hauptbau) und B (Kollegstufenbau)** mit Flächen für den Unterrichts-, Personal-, Verwaltungs-, Arbeitstechnischen/ Aufenthalts-/ Pausenbereich und Flächen für die offene Ganztagsbetreuung von ca. 6.930 m² NUF 1-6.

Mit allen Stimmen:

- 1.8 Für einen Küchen- und Speisenbereich stehen in den Bestandsgebäuden keine Flächen zur Verfügung. Die **Mittagsverpflegung** soll weiterhin über die Nutzung der benachbarten zentralen Schülerschule der Katholischen Canisiusstiftung, Fechtgasse 2, 85049 Ingolstadt sowie ein Mittagsverkauf über den extern verpachteten Pausenverkauf am Katharinen-Gymnasium erfolgen.
- 1.9 Einer Neugestaltung/ Aufwertung/ Nutzbarmachung von **Aufenthaltsflächen im Außenbereich (Pausenhof und Dachflächen)** wird zugestimmt.
- 1.10 Für das **Katharinen-Gymnasium** wird ein Sportanlagenraumprogramm für **3 Übungseinheiten** (57,9 Sportklassen) unter Berücksichtigung der Nutzung des Sportbades genehmigt:

Hallensportanlage

Katharinen-Gymnasium (2 Übungseinheiten) mit Betriebsräumen Umstrukturierung)	im Bestand (Generalsanierung und
-------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------

Bezirkssportanlage Mitte (Nutzung 1 Übungseinheit) im Bestand
mit Betriebsräumen

Freisportanlagen

Am Katharinen-Gymnasium stehen keine Freisportanlagen zur Verfügung und können dort auch nicht untergebracht werden. Die Freisportanlagen mit Betriebsräumen sollen weiterhin an der benachbarten Bezirkssportanlage Mitte genutzt und nachgewiesen werden. Die Verwaltung wird mit der Erarbeitung und Abstimmung eines Freisportanlagenkonzepts mit der Regierung von Oberbayern für die in die Bezirkssportanlage Mitte eingewiesenen Schulen bzw. der innerstädtischen Schulen beauftragt.

- 1.11 Für die Generalsanierung, Umbau und Ersatzneubau des Gebäudes C des Katharinen-Gymnasiums wird die Bereitstellung von Haushaltsmitteln in Höhe von ca. 10 Mio. € für Planungskosten genehmigt. Die Finanzmittel wurden bei der Haushaltsstelle 232000.940111 (Katharinen Gymnasium - Sanierung und Erweiterung) im Haushalt und Investitionsprogramm 2025 angemeldet. Über die bauliche Umsetzung und weitere Finanzierung der Maßnahmen ist nach Vorlage der Planungen (Projektgenehmigung) erneut Beschluss zu fassen.
- 1.12 Der Beauftragung von Planungsleistungen LPH 1 bis LPH 2 bis zur Projektgenehmigung wird zugestimmt.
- 1.13 Der Einleitung eines VgV-Verfahrens zur Gewinnung der (Fach-)planer wird zugestimmt.

Die erforderlichen Finanzmittel sind in den unter 1.5 genannten Beträgen enthalten und wurden in Höhe von 100.000 € auf der Haushaltsstelle 232000.940111 (Katharinen Gymnasium – Generalsanierung) zum Haushalt 2025 angemeldet.

4. Zur Vorbereitung der Generalsanierung, Umbau und Erweiterung des **Apian-Gymnasiums** wird die Verwaltung beauftragt mit der LPH 0 – Bedarfsermittlung, Entwicklung Raumprogramm und Raumkonzept zu beginnen und diese dem Stadtrat zur Programmgenehmigung vorzulegen.